

Ist Europa konfliktscheu? Gedanken zur "Berliner Erklärung"

Riecke, Henning; Techau, Jan

Veröffentlichungsversion / Published Version
Stellungnahme / comment

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Riecke, H., & Techau, J. (2007). *Ist Europa konfliktscheu? Gedanken zur "Berliner Erklärung"*. (DGAP-Standpunkt, 2). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-130441>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Ist Europa konfliktscheu?

Gedanken zur »Berliner Erklärung«

von Henning Riecke und Jan Techau

Mit der Berliner Erklärung zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge hat die EU sich selbst am 25. März 2007 ein Glückwunschtelegramm geschickt. Das Dokument ist knapp und verständlich, vereint Begeisterung über das Erreichte mit eher nüchternen Passagen und enthält einige gelungene Kompromissformulierungen, insgesamt eine angemessene Form der Selbstwürdigung. Einige der grundsätzlichen Konflikte unter den Europäern werden aber ausgeklammert. Die Autoren der Erklärung sagen wenig über die Zukunft der Verfassung, die Erweiterungsfrage, den Konflikt zwischen Liberalisierung und Protektionismus oder den Fähigkeitsaufbau in der Außen- und Sicherheitspolitik. Hat die deutsche die EU-Ratspräsidentschaft damit die Möglichkeit verschenkt, der EU aus der Krise zu helfen?

Das Papier soll unterschiedliche politischen Funktionen erfüllen und dient eher der Verhandlungsdramaturgie während der deutschen Ratspräsidentschaft denn als Denkanstoß für die Europadebatte. Durch den vagen Charakter der Erklärung werden Handlungsspielräume offen gehalten. Eine Benennung der zentralen Differenzen in der Union hätte der europäischen Diskussion aber auf die Sprünge helfen können.

Glückliche Europäer

Die Berliner Erklärung berichtet in feierlicher, aber auch nüchterner Sprache über den Stand der europäischen Einigung und ihre Zukunftsaufgaben. In der Vorrede wird die EU bilanzierend als eine **Hoffnung auf Frieden und Verständigung** beschrieben, die sich erfüllt hat. Die historischen Errungenschaften des Integrationsprozesses werden nicht breit ausgeführt, denn der Tenor der Erklärung ist: Die EU ist die Antwort der Europäer auf die aktuellen Herausforderungen im Rahmen der Globalisierung.

Beinahe literarischen Charakter hat die Aussage, die das im Text allgegenwärtige »Wir« einführt: »Wir Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sind **zu unserem Glück** vereint«. Dem Satz ist in bester protestantisch-zurückhaltender Art gleichzeitig Freude und Verpflichtung einge-

schrieben, auch ist er überraschend nuancenreich: Zum Glück haben wir die EU, das Streben nach unserem Glück ist der Wesenszweck unserer Vereinigung, vereint sind wir für kein anderes Ziel, ohne Vereinigung kein Glück. Der Aufgabe, diese Schichtungen in anderen Sprachen wiederzugeben, haben sich die Übersetzungsdienste durch recht freie Übertragungen entledigt. Es gibt einen interessanten Subtext: Neben dem »Wir« erinnert auch der Hinweis auf das Streben nach gemeinsamem Glück an die amerikanische Unabhängigkeitserklärung »... the pursuit of happiness« und die US-Verfassung »We, the People ...«.

Im ersten Teil legen die Autoren der Erklärung die **humanistischen Ideale und Werte** der EU dar und preisen den »demokratischen« Umgang der Unionsstaaten untereinander und mit den Organen der EU. Der düsteren Vision eines europäischen Superstaates wird durch den Verweis auf

die Bedeutung der Vielfalt und nationaler Eigenheiten und die Idee der Subsidiarität eine Absage erteilt. Ebenso unterbleiben ein Gottesbezug und der Verweis auf die christlichen Grundlagen der europäischen Kultur, was Papst Benedikt XVI. bereits in einer verärgerten Reaktion kritisiert hat.

Die wichtigsten Herausforderungen der Zukunft und das Bekenntnis der Union, diese verantwortlich anzunehmen, bilden den Inhalt des zweiten Teils – grob entlang der Pfeilerstruktur der EU. Um das europäische Gesellschaftsmodell der sozialen Marktwirtschaft zu bewahren, muss die Union ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auf hohem Niveau erhalten, um selbst Gestaltungsmacht in der Globalisierung aufzubauen. Die EU ist eine Antwort auf die Globalisierung und eben nicht deren neo-liberale Ausformung und Gegenstand der Entgrenzungsängste vieler Europäer. Der Euro wird als ein stärkendes Element der EU verstanden, zusammen mit dem Binnenmarkt. Andere Herausforderungen werden im internationalen Terrorismus und in der organisierten Kriminalität gesehen, in letzter Minute kam auf Drängen der Spanier auch noch die illegale Einwanderung dazu. Ein außenpolitischer Zielekanon und der prominente Verweis auf die Verknüpfung von Energie und Klimapolitik runden das Kapitel ab.

Besonders gespannt war das Publikum auf den dritten Teil der Erklärung zur Zukunft der Integration. Kurze, gut getarnte, fast kryptische Verweise auf die nötige Vertiefung der EU (»innere Entwicklung ... festigen«) und das unentschlossene Nebeneinander von Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik (»... jenseits ihrer Grenzen fördern«) lassen inhaltlich jede Interpretation zu. Die Union soll am Erreichten aber nicht nur festhalten, sondern muss die Integration fortwährend den neuen Ge-

gebenheiten anpassen. Die wichtigste Aussage des Papiers ist schließlich die Selbstverpflichtung, die institutionellen Reformen bis 2009 zu beschließen.

Die Berliner Erklärung ist ein konzentriertes, klares und dennoch interpretierbares Dokument. Der Anspruch, Europa darin nicht in technisch-bürokratischem Politjargon zu verstecken, sondern für jedermann verständlich zu erklären, ist eingehalten worden. Begründungszusammenhänge werden in einfache, aber nicht ungebührlich vereinfachte Kausalketten gebracht. Hier hat die Erklärung sprachliche Maßstäbe gesetzt, die hoffentlich wirksam bleiben werden.

Funktionen erfüllt?

Die Berliner Erklärung hat aber nicht nur die Aufgabe, die EU an sich selbst zu erinnern. Für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft soll das Papier noch andere Funktionen erfüllen. Sie soll ein **politisches Manifest** sein, das, losgelöst von den Alltagsproblemen der europäischen Politik, einen neuen Begründungszusammenhang für die EU aufzeigt. Das Motiv des »Friedensprojektes« Europa büßt als Legitimationsgrund für die Integration immer mehr an Kraft ein. Die Berliner Erklärung stellt die Union als »Antwort auf die Globalisierung« dar. Dies ist nicht ganz neu. Die Erklärung sagt aber auch klar, dass hierfür Reformen notwendig sind. Deutliche Worte über die Hausaufgaben aber wurden vermieden, die das vereinte Europa und vor allem seine Mitgliedstaaten für das Ziel der Wettbewerbsfähigkeit noch erledigen müssen – damit das »Wissen und Können seiner Menschen« freigesetzt wird.

Als **Signal an die europäischen Bürger** ist die Berliner Erklärung weniger geeignet. Zwar ist sie

in einfacher, aber nuancenreicher Sprache gehalten, doch sagt sie den Europäern nichts, was sie nicht schon vorher gewusst hätten. Das »Wir« im Text ist problematisch: »Wer spricht für »uns?«, können die Bürger fragen. Das Dokument ist nicht von den Staats- und Regierungschefs unterzeichnet worden, sondern von der Ratspräsidentin Angela Merkel, dem Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso und dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering. Dies ist eine formale Schwächung des Papiers, die seine politische Bindungskraft einschränkt. Obwohl viel von Demokratie die Rede ist, wird die Bürgerferne der Union, ein Ablehnungsgrund nicht nur für Stammtischkritiker, an keiner Stelle problematisiert. Der Öffentlichkeitswirkung ist schließlich das vertrauliche Verfahren wenig dienlich – nationale Parlamente oder gesellschaftliche Gruppen wurden nicht einbezogen. Das Dokument wurde am Freitag vor dem Gipfel erstmals an die Presse lanciert, als es bereits den europäischen Regierungen vorlag. Während das Verfahren einerseits die Spannung erhöht hat, wirkt es andererseits auf viele Europäer wie Geheimdiplomatie – das genaue Gegenteil von Offenheit und Transparenz. Das Image der Erklärung ist damit etwas lädiert, ihre Wirkung begrenzt.

Viel wichtiger für die Ratspräsidentschaft ist die Berliner Erklärung aber in verhandlungstaktischer Hinsicht. Das Papier soll zusammen mit dem stimmungsvollen Jubiläumsgipfel und der Rede der Bundeskanzlerin einen **Wendepunkt in der Dramaturgie** der Ratspräsidentschaft darstellen. War deren erste Hälfte der Präsidentschaft eher von wirtschaftlichen Fragen geprägt, wie der Energiepolitik oder der Lissabon-Agenda, wird die Arbeit in der zweiten Hälfte von der Frage dominiert

werden, wie die EU mit der Verfassungsproblematik umgehen soll. Die Bundesregierung erhofft sich neuen Schwung für die kommenden schwierigen drei Monate.

Ein kaum bemerkter Vorzug der Erklärung ist aber das **Einüben des Verfahrens** der Koordinierung. Die Verhandlung der Berliner Erklärung war auch ein Probelauf für die kommenden schwierigen Abstimmungen über einen Arbeitsplan für die Verfassung. Seit Monaten haben sich die Sherpas der Mitgliedstaaten und der EU-Organe getroffen, die Berliner Erklärung diskutiert, so ein Vertrauensverhältnis aufgebaut und der deutschen Bundeskanzlerin zuletzt freie Hand gegeben. Das gleiche Team wird auch die Verfassungsfrage verhandeln. Durch die Berliner Erklärung ist für diese Arbeit der Boden bereitet worden.

Vermiedene Konflikte?

Vor der Veröffentlichung der Berliner Erklärung hatten viele Beobachter offene Worte zu den grundsätzlichen Interessengegensätzen innerhalb der EU 27 gefordert. Zu den strittigen Punkten gehören neben der Verfassungsfrage und der Erweiterungsproblematik auch die Bedeutung des europäischen Sozialmodells vor dem Hintergrund des innereuropäischen und globalen Wettbewerbs, die Rolle der EU in der Welt und, gewissermaßen als Essenz all dieser Fragen, die Frage nach der generellen Richtung der europäischen Integration. Die Berliner Erklärung streift alle diese Themenfelder, liefert aber kaum eindeutige Formulierungen über den Charakter dieser Konflikte.

Die Erklärung vermeidet das Thema **Erweiterung** beinahe vollständig und verweist lediglich auf die »Offenheit« der EU und die Förderung von Demo-

kratie und Wohlstand an ihren Grenzen. Es fehlt jeder Hinweis auf die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und der Türkei, ebenso wie die Verknüpfung »ohne Vertiefung keine Erweiterung«, mit der die Unterstützung etwa der erweiterungsfreudigen Briten für die Verfassung erreicht werden könnte. Die Europäer können das Thema Erweiterung aber nicht unter den Tisch kehren, gerade die Anziehungskraft der Mitgliedschaft ist ein wichtiger politischer Hebel für die Stabilisierung in Europa.

Das **europäische Gesellschaftsmodell** wollen die Autoren der Berliner Erklärung bewahren, es wird als »Vereinigung von wirtschaftlichem Erfolg und sozialer Verantwortung« definiert. Dass beide Ziele in Widerspruch geraten können und der zugrunde liegende Konflikt die Einstellungen der Bürger zur Union prägt, wird freundlich ausgelassen. Mehr sozialpolitische Verantwortung für die EU war auch nicht zu erwarten, denn einerseits liegen die betreffenden Kompetenzen bei den Mitgliedstaaten, nicht in Brüssel, andererseits gehen die Vorstellungen darüber, was »sozial« ist, in Europa stark auseinander. Der Konsens, dass der EU-interne Wettbewerb der globalen Konkurrenzfähigkeit der Union nützt, ist eine Voraussetzung für die bessere Umsetzung des Binnenmarktes. Angesichts des immer noch vorherrschenden Protektionismus vieler Mitgliedstaaten wirkt der Optimismus der Erklärung fehl am Platz.

Schwach ist der Text der Berliner Erklärung mit Blick auf die **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik**. Wenn es eine Schicksalsfrage der EU ist, wie auch die Bundeskanzlerin an anderer Stelle mitgeteilt hat, dass die Union mit einer Stimme spricht, dann müsste die Erklärung stärker auf die Konflikte und die Handlungsfähigkeit der GASP eingehen und weniger auf ihre hoch gesteckten

Ziele. Die EU neigt zu Uneinigkeit, sobald bei außenpolitischen Streitfragen das Verhältnis zu den USA oder zu Russland belastet wird, und sie kann selten ihr ganzes Spektrum an Instrumenten zum Einsatz bringen. Es existiert kein breiter Konsens über die Rolle, die die EU in der Welt spielen soll, und das muss sich ändern. Von verstärkter Koordinierung der Mitglieder und dem verbesserten Zusammenspiel der EU-Instrumente ist in der Berliner Erklärung aber keine Rede. Eine Formulierung, die den Ist-Zustand preist, aber die Verbesserung der Fähigkeiten vergisst, ist nicht genug.

Es ist dagegen nachvollziehbar, dass die Autoren das Wort **Verfassung**, das allein schon erbitterte Opposition gegen den Gesamtentwurf erzeugt hatte, ganz weggelassen haben. Es wird mit großer Sicherheit in der Folgedebatte um die institutionellen Reformen keine Rolle mehr spielen. Auch wären apodiktische Aussagen über den Mindestgehalt eines neuen Vertragsentwurfes schädlich für die Verhandlungen im Juni. Viel wichtiger ist hingegen die Absichtserklärung der EU-Staaten, bis zu den EP-Wahlen 2009 eine »erneuerte gemeinsame Grundlage« für die Union zu entwickeln. Die zeitliche Verpflichtung gefiel nicht allen Partnern gleichermaßen, vor allem den Tschechen, die im Endspurt die Ratspräsidentschaft innehaben werden, doch kann nur sie den nötigen Druck erzeugen, um einen Arbeitsplan für die kommenden zwei Jahre aufzustellen und umzusetzen. Die Staaten der EU werden sich dieser zeitlichen Verpflichtung kaum mehr entziehen können, auch weil Deutschland während der Triopräsidentschaft noch sein politisches Gewicht einsetzen kann. Dies lässt mit Blick auf den für Juni angekündigten Fahrplan in der Reformfrage verhaltenen Optimismus aufkommen.

Die Berliner Erklärung ist ein einzigartiges Dokument, das bei der Selbstvergewisserung helfen wird, was Europa ist. Sie ist aber auch gerade wegen ihrer Auslassungen ein guter Gradmesser für die politische Zerstrittenheit der EU an ihrem 50. Geburtstag. Sie stellt einen inhaltlichen Minimalkonsens dar, dessen Unverbindlichkeit und Vagheit wenig ermutigend ist. So lautet die Quintessenz des Papiers, dass die Notwendigkeit zu handeln von allen 27 Mitgliedstaaten anerkannt wird, aber wenig Einigkeit über konkrete Schritte besteht.



Dr. Henning Riecke
<riecke@dgap.org>



Jan Techau
<techau@dgap.org>

Man kann das, je nach Standpunkt, als Zeichen der Krise oder als Zeichen der Normalität verstehen.

Die hier geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Erklärung anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge vom 25. März 2007

Die 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben heute gemeinsam mit dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission folgende Erklärung angenommen:

Europa war über Jahrhunderte eine Idee, eine Hoffnung auf Frieden und Verständigung. Diese Hoffnung hat sich erfüllt. Die europäische Einigung hat uns Frieden und Wohlstand ermöglicht. Sie hat Gemeinsamkeit gestiftet und Gegensätze überwunden. Jedes Mitglied hat geholfen, Europa zu einigen und Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stärken. Der Freiheitsliebe der Menschen in Mittel- und Osteuropa verdanken wir, dass heute Europas unnatürliche Teilung endgültig überwunden ist. Wir haben mit der europäischen Einigung unsere Lehren aus blutigen Auseinandersetzungen und leidvoller Geschichte gezogen. Wir leben heute miteinander, wie es nie zuvor möglich war.

Wir Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sind zu unserem Glück vereint.

I.

Wir verwirklichen in der Europäischen Union unsere gemeinsamen Ideale: Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt. Seine Würde ist unantastbar. Seine Rechte sind unveräußerlich. Frauen und Männer sind gleichberechtigt.

Wir streben nach Frieden und Freiheit, nach Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, nach gegenseitigem Respekt und Verantwortung, nach Wohlstand und Sicherheit, nach Toleranz und Teilhabe, Gerechtigkeit und Solidarität.

Wir leben und wirken in der Europäischen Union auf eine einzigartige Weise zusammen. Dies drückt sich aus in dem demokratischen Miteinander von Mitgliedstaaten und europäischen Institutionen. Die Europäische Union

gründet sich auf Gleichberechtigung und solidarisches Miteinander. So ermöglichen wir einen fairen Ausgleich der Interessen zwischen den Mitgliedstaaten.

Wir wahren in der Europäischen Union die Eigenständigkeit und die vielfältigen Traditionen ihrer Mitglieder. Die offenen Grenzen und die lebendige Vielfalt der Sprachen, Kulturen und Regionen bereichern uns. Viele Ziele können wir nicht einzeln, sondern nur gemeinsam erreichen. Die Europäische Union, die Mitgliedstaaten und ihre Regionen und Kommunen teilen sich die Aufgaben.

II.

Wir stehen vor großen Herausforderungen, die nicht an nationalen Grenzen halt machen. Die Europäische Union ist unsere Antwort darauf. Nur gemeinsam können wir unser europäisches Gesellschaftsideal auch in Zukunft bewahren zum Wohl aller Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union. Dieses europäische Modell vereint wirtschaftlichen Erfolg und soziale Verantwortung. Der Gemeinsame Markt und der Euro machen uns stark. So können wir die zunehmende weltweite Verflechtung der Wirtschaft und immer weiter wachsenden Wettbewerb auf den internationalen Märkten nach unseren Wertvorstellungen gestalten. Europas Reichtum liegt im Wissen und Können seiner Menschen; dies ist der Schlüssel zu Wachstum, Beschäftigung und sozialem Zusammenhalt.

Wir werden den Terrorismus, die organisierte Kriminalität und die illegale Einwanderung gemeinsam bekämpfen. Die Freiheits- und Bürgerrechte werden wir dabei auch im Kampf gegen ihre Gegner verteidigen. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit dürfen nie wieder eine Chance haben.

Wir setzen uns dafür ein, dass Konflikte in der Welt friedlich gelöst und Menschen nicht Opfer von Krieg, Terrorismus oder Gewalt werden. Die Europäische Union will Freiheit und Entwicklung in der Welt fördern. Wir wollen Armut, Hunger und Krankheiten zurückdrängen. Dabei wollen wir auch weiter eine führende Rolle einnehmen.

Wir wollen in der Energiepolitik und beim Klimaschutz gemeinsam vorangehen und unseren Beitrag leisten, um die globale Bedrohung des Klimawandels abzuwenden.

III.

Die Europäische Union lebt auch in Zukunft von ihrer Offenheit und dem Willen ihrer Mitglieder, zugleich gemeinsam die innere Entwicklung der Europäischen Union zu festigen. Die Europäische Union wird auch weiterhin Demokratie, Stabilität und Wohlstand jenseits ihrer Grenzen fördern.

Mit der europäischen Einigung ist ein Traum früherer Generationen Wirklichkeit geworden. Unsere Geschichte mahnt uns, dieses Glück für künftige Generationen zu schützen. Dafür müssen wir die politische Gestalt Europas immer wieder zeitgemäß erneuern. Deshalb sind wir heute, 50 Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge, in dem Ziel geeint, die Europäische Union bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 auf eine erneuerte gemeinsame Grundlage zu stellen.

Denn wir wissen: Europa ist unsere gemeinsame Zukunft.

Quelle: <<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2007/03/2007-03-25-berliner-erklaerung-deutsch,layoutVariant=Druckansicht.html>>.

Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Festakt zur Feier des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der »Römischen Verträge« am 25. März 2007 in Berlin

Sehr geehrte Herren Präsidenten, sehr geehrte Ministerpräsidenten, Exzellenzen, meine Damen und Herren, liebe Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union,

heute feiern wir den 50. Geburtstag der Unterzeichnung der Römischen Verträge. Wir feiern dieses Fest an einem Ort, wie er symbolträchtiger kaum sein könnte: In Berlin – in einer Stadt, die bis vor 18 Jahren durch Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl geteilt war, in der Menschen die Flucht in die Freiheit mit ihrem Leben bezahlt haben.

Ich wuchs auf der östlichen Seite dieser Stadt, in der DDR, auf. Bei der Verabschiedung der Römischen Verträge war ich drei Jahre alt. Ich war sieben Jahre alt, als die Mauer gebaut wurde. Sie teilte auch meine Familie. Ich glaubte nicht, dass ich vor meinem Rentenalter frei in den Westen würde reisen können. Wenige Meter von hier endeten meine Wege. Aber dann fiel die Mauer doch. Ich habe am eigenen Leib die Erfahrung gemacht: Nichts muss so bleiben, wie es ist.

Das ist eine große Hoffnung für alle, die sich mit den Ungerechtigkeiten unserer Welt nicht abfinden wollen. Das ist im Übrigen auch eine große Hoffnung für diejenigen in Europa, die noch immer unter Unterdrückung leiden müssen, wie z. B. die Menschen in Weißrussland. Sie feiern heute ihren Unabhängigkeitstag. Auch an sie denken wir heute und rufen ihnen zu: Die Menschenrechte sind unteilbar, Europa ist auf Ihrer Seite.

Feiern können wir dieses heutige Fest gerade hier in Berlin auch deshalb, weil sich vor einem halben Jahrhundert ein paar Politiker Europas auf den Weg gemacht haben, ein europäisches Friedenswerk ohne Beispiel zu begründen. Seien wir ehrlich: 50 Jahre Römische Verträge – das ist im Grunde nicht mehr als ein Wimpernschlag in der Geschichte. Ob es eines Tages mehr als das sein wird, ob am 25. März 2057 der 100. Geburtstag der Römischen Verträge auch wieder in einem Europa von Frieden und Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gefeiert werden kann – wir wissen es nicht.

Nichts von alledem ist selbstverständlich. Alles muss immer aufs Neue gestärkt und verteidigt werden. Stillstand bedeutet Rückschritt. Vertrauen aufbauen, braucht Jahrzehnte. Vertrauen enttäuschen, das geht über Nacht. Bei einer Spaltung kommt Europa schneller aus dem Tritt, als mancher glauben mag. Kurzum: Die europäische Einigung muss immer wieder neu erarbeitet und gesichert werden. Das ist der Auftrag, der in die Zukunft weist, das ist der Kern unserer heutigen Jubiläumsfeier.

Es ist wahr: Die Welt heute ist nicht mehr die von vor 50 Jahren. Aus sechs Gründungsmitgliedern sind 27 Mitgliedstaaten geworden. Aus der ursprünglichen Zollfreiheit ist eine gemeinsame Währung hervorgegangen. Aus der Welt der beiden Blöcke ist eine Welt verschiedener Kraftzentren entstanden. In einer solchen Welt geht es darum, immer wieder aufs Neue zu fragen, was Europa auch in unserem Jahrhundert zusammenhält, was seine Identität ausmacht. Für mich ist die Antwort klar: Europas Selbstverständnis beruht auf gemeinsamen, auf grundlegenden Werten – das hält Europa zusammen.

Wir sollten nicht vergessen: Über Jahrhunderte war Europa eine Idee, nicht mehr als eine Hoffnung auf Frieden und Verständigung. Heute wissen wir Bürger Europas: Diese Hoffnung hat sich erfüllt – und zwar, weil die Gründerväter Europas weit über ihre Generation hinaus dachten. Sie dachten weit über ihre Zeit hinaus. Sie dachten auch weit über reine Wirtschaftsfreiheiten hinaus.

Drei Jahre vor der Unterzeichnung der Römischen Verträge war die Europäische Verteidigungsgemeinschaft gescheitert. Aber das war nicht das Ende Europas. Trotz dieser Enttäuschung begann die Präambel des EWG-Vertrages mit dem Bekenntnis zu dem – ich zitiere – »festen Willen [... zu den] Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker«.

Die Gründerväter Europas wussten: Wirtschaftsordnung und politische Ordnung lassen sich auf Dauer nicht trennen. 50 Jahre Römische Verträge – das heißt deshalb für mich kurz und knapp in einem Satz: Ein Traum ist wahr geworden. Wahr werden konnte dieser Traum, weil wir Bürger Europas in den letzten 50 Jahren gelernt haben, aus unserer Eigenständigkeit und den vielfältigen Traditionen, aus der lebendigen Vielfalt der Sprachen, Kulturen und Regionen das Beste für uns alle zu machen. Wahr werden konnte dieser Traum, weil wir uns auf die Eigenschaft besonnen haben, die für mich die Seele Europas ausmacht, in deren Geist die Römischen Verträge möglich wurden. Diese Eigenschaft ist die Toleranz.

Wir haben Jahrhunderte gebraucht, um das zu lernen. Auf dem Weg zur Toleranz mussten wir Katastrophen durchleiden. Wir haben uns gegenseitig verfolgt und vernichtet. Wir haben unsere Heimat verwüstet. Wir haben gefährdet, was uns heilig war und ist. Die schlimmste Zeit von Hass und Vernichtung liegt noch kein Menschenleben hinter uns.

Heute aber leben wir miteinander, wie es nie zuvor möglich war. Jedes Mitglied der Europäischen Union hat geholfen, Europa zu einigen und Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stärken. Der Freiheitsliebe der Menschen in Mittel- und Osteuropa verdanken wir, dass heute Europas unnatürliche Teilung endgültig überwunden ist.

Einer der Männer, die die Römischen Verträge 1957 unterzeichnet haben, ist – ich sagte es bereits anlässlich der Eröffnung – heute unter uns: Maurice Faure. Heute, auf den Tag genau 50 Jahre danach, können wir Maurice Faure und seinen Mitstreitern von damals mit den Worten unserer Berliner Erklärung zurufen: Wir Bürgerinnen und Bürger leben und wirken in der Europäischen Union auf einzigartige Art und Weise zusammen. Wir Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sind zu unserem Glück vereint.

Wie können wir das bewahren, stärken, vertiefen – und das mindestens für die nächsten 50 Jahre? Ich meine, indem wir uns auf die stärkste Kraft des Menschen konzentrieren, auf die Kraft der Freiheit, auf die Freiheit in allen Ausprägungen, die Freiheit, die eigene Meinung öffentlich zu sagen, auch wenn dies andere stört, die Freiheit, zu glauben und nicht zu glauben, die Freiheit des unternehmerischen Handelns, die Freiheit des Künstlers, sein Werk nach seinen Vorstellungen zu gestalten, die Freiheit des Einzelnen in seiner Verantwortung für das große Ganze. Indem wir auf die Kraft der Freiheit setzen, setzen wir auf den Menschen. Er steht im Mittelpunkt. Seine Würde ist unantastbar. Ich darf persönlich hinzufügen: Für mich ergibt sich dieses Verständnis vom Menschen ganz wesentlich aus den jüdisch-christlichen Wurzeln Europas.

Dieses Verständnis von der Kraft der Freiheit und der Würde des Menschen war vor den Römischen Verträgen bereits in der Montanunion angelegt. Mit den Römischen Verträgen 1957 haben sich dann zum ersten Mal in der europäischen Geschichte die Völker Europas aus freiem Willen eine gemeinsame Ordnung gegeben. Damit bekennen wir uns heute hier in Berlin zu einem Europa des gleichberechtigten Miteinanders aller Mitgliedstaaten – großer wie kleinerer, älterer wie neuer.

Allein ist jedes europäische Land zu schwach, um globale Herausforderungen zu bewältigen. Deshalb kann es nur eine Antwort geben: Nicht allein handeln, sondern gemeinsam in einem einigen Europa. Das Zeitalter der Globalisierung macht uns immer mehr klar: Die Entscheidung für Europa war und ist auch eine Entscheidung für eine bestimmte Art zu leben. Sie war und ist eine Entscheidung für unser europäisches Lebensmodell. Es vereint wirtschaftlichen Erfolg und soziale Verantwortung.

Nur gemeinsam können wir unser europäisches Gesellschaftsideal auch in Zukunft bewahren. Nur gemeinsam können wir auch auf internationaler Ebene wirtschaftliche und soziale Standards durchsetzen. Denn wir sollten uns nicht täuschen: Die Welt wartet nicht auf Europa. Andere Weltregionen entwickeln sich in geradezu atemberaubender Geschwindigkeit. Deshalb braucht Europa vor allem eines: Es braucht Dynamik. Denn ohne Dynamik kein Wohlstand und ohne Dynamik auch immer weniger Solidarität in Europa.

Ein dynamisches, ein wachstumsstarkes Europa – das schafft Beschäftigung, das honoriert Leistung, das sagte der Bürokratie den Kampf an, das stärkt Europas Stärken. Sie liegen im Wissen und Können der Bürger Europas, in Bildung, Forschung und Innovation. Dies ist der Schlüssel zu Wachstum, Beschäftigung und sozialem Zusammenhalt. Europa muss Vorreiter auch bei erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und beim Schutz unseres Klimas sein. Anfang März haben wir auf dem Europäischen Rat dazu einen Aktionsplan beschlossen. Wir wollen die globalen Bedrohungen des Klimawandels abwenden. Aber dazu brauchen wir natürlich auch weltweit Verbündete, wie die Globalisierung Europa ohnehin zwingt, sich in Zukunft noch stärker als bisher mit äußeren Einflüssen auseinander zu setzen. Deshalb ist eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in Europa unerlässlich – aber natürlich nicht abgeschottet, sondern zusammen mit Partnern über Europa hinaus.

Ich bin überzeugt: Die enge freundschaftliche Verbindung mit den Vereinigten Staaten von Amerika und eine starke NATO sind und bleiben auch in Zukunft in unserem fundamentalen europäischen Interesse. Dies ist kein Gegensatz zu einer Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit. Es ist vielmehr die andere Seite derselben Medaille. Ebenso brauchen wir eine umfassende strategische Partnerschaft mit Russland.

Die strategische Partnerschaft mit Russland und das Transatlantische Bündnis sind keine Gegensätze, sondern notwendige Ergänzung. Es ist doch gerade Europa, das ein modernes Verständnis von Integration entwickelt hat. Institutionelle Einbindung statt Lagerdenken, statt Achsenbildung und Alleingängen. Europa darf sich niemals selbst spalten oder spalten lassen – in keiner Frage.

Nur wenn Europa zusammensteht, werden wir Terrorismus, organisierte Kriminalität und illegale Einwanderung erfolgreich bekämpfen können. Nur dann werden wir Freiheit und Bürgerrechte im Kampf gegen ihre Gegner erfolgreich verteidigen können. Dann werden Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit nie wieder eine Chance haben. Dann können wir uns dafür einsetzen, dass Konflikte in der Welt friedlich gelöst werden und

Menschen nicht Opfer von Krieg, Terrorismus und Gewalt sind, dass Armut, Hunger und Krankheiten wie AIDS in der Welt zurückgedrängt werden.

Wir wollen Freiheit und Entwicklung in der Welt fördern. Wir bekennen uns in unserer Berliner Erklärung ausdrücklich dazu, auch weiterhin Demokratie, Stabilität und Wohlstand jenseits der Grenzen der Europäischen Union zu fördern. Das ist ein Bekenntnis, das in seiner Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann – ein Bekenntnis, das sehr schnell konkret wird.

So denken wir an einem Tag wie heute auch an die Menschen in Simbabwe und Darfur. Das Leiden dort ist unerträglich. Wir appellieren an dieser Stelle an den sudanesischen Präsidenten Bashir, endlich den UN-Resolutionen Folge zu leisten. Und ich sage offen: Wir müssen auch stärkere Sanktionen ins Auge fassen. Damit, wie etwa auch mit der gestern verabschiedeten neuen UN-Resolution zum Iran, bekennen wir uns dazu, gemeinsam mit unseren Verbündeten und Partnern globale Verantwortung zu übernehmen.

Aber auch an einem Festtag wie heute sollten wir uns nichts vormachen. Das europäische Lebensmodell stärken, globale Verantwortung wahrnehmen – das verlangt Handlungsfähigkeit, und zwar mehr, als Europa sie heute hat. Denn wir wissen: Die Europäische Union lebt auch in Zukunft von ihrer Offenheit und dem Willen ihrer Mitglieder, zugleich gemeinsam die innere Entwicklung der Europäischen Union zu festigen.

Die innere Ordnung muss der neuen Größe mit 27 Mitgliedstaaten angepasst werden. Was muss dazu geschehen? Meine Antwort ist eindeutig: Die Europäische Union braucht mehr und sie braucht klarere Zuständigkeiten als heute – für die Energiepolitik, in der Außenpolitik, in der Innen- und Rechtspolitik. Sie muss klarer abgrenzen, wofür die Mitgliedstaaten zuständig sind und wofür die Gemeinschaft. Sie muss sich auf das Wesentliche konzentrieren und – wo immer möglich – die nationalen Eigenheiten der Mitgliedstaaten bewahren. Sie muss sicherstellen, dass ihre Institutionen auch mit 27 und mehr Mitgliedstaaten effizient, demokratisch und für die Menschen nachvollziehbar funktionieren. Es steht viel auf dem Spiel.

Wahr ist: Wer gehofft hat, dass wir 50 Jahre nach den Römischen Verträgen einen Verfassungsvertrag haben, der wird enttäuscht sein. Aber wahr ist auch: Wer gehofft hat, dass sich Europa der Notwendigkeit bewusst ist, seine innere Verfasstheit zu stärken, dem wird unsere Berliner Erklärung den Weg weisen. Denn wir wissen, dass wir die politische Gestalt Europas immer wieder zeitgemäß erneuern müssen. Deshalb ist es wichtig und deshalb ist es notwendig, dass wir heute hier in Berlin – 50 Jahre nach Unterzeichnung der Römischen Verträge – in dem Ziel geeint sind, die Europäische Union bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 auf eine erneuerte gemeinsame Grundlage zu stellen.

Ich setze mich dafür ein, dass am Ende der deutschen Ratspräsidentschaft ein Fahrplan verabschiedet werden kann. Und ich setze dabei auf Ihre Unterstützung. Ich bin davon überzeugt: Es ist nicht nur im Interesse Europas, sondern auch der einzelnen Mitgliedstaaten und in unserem Interesse als Bürger Europas, dass dies gelingt. Ein Scheitern wäre ein historisches Versäumnis. Was wir entscheiden, wird lange nachwirken – im Guten wie im Schlechten.

Aber eigentlich brauchen wir gar nicht vom Scheitern zu reden. Europa hat schon so oft große Hürden genommen. Die Verhandlungen der Verträge, deren 50. Geburtstag wir heute feiern, waren ein Paradebeispiel dafür. Ich

habe gelesen, dass ein Mitglied einer Verhandlungsdelegation – ich glaube, es war ein britisches – damals gesagt haben soll – ich zitiere: »Der Vertrag hat keine Chance, unterzeichnet zu werden. Wird er unterzeichnet, scheitert er an der Ratifizierung. Wird er dennoch ratifiziert, dann wird er nie umgesetzt.« Ich weiß nicht, was dieser Verhandler zum heutigen Tag gesagt hätte.

Aber er stand mit seiner Zurückhaltung nicht allein. Ein nicht ganz unbekannter französischer Politiker soll seinerzeit gesagt haben – ich zitiere: »Verträge sind wie Mädchen und Rosen – sie halten nur eine gewisse Zeit.« Ja der Rosenstock ist seit 1957 deutlich gewachsen. Und heute kann sogar ein zugegebenermaßen schon etwas älteres Mädchen die Berliner Erklärung mit unterzeichnen.

Und schließlich ein Ausschnitt aus der belgischen Zeitung »La Libre Belgique«. Sie schrieb damals über die Verhandlungen zu den Römischen Verträgen – ich zitiere: »Die Deutschen sind alle wichtige Doktoren und gut organisiert. Die Franzosen sind wohlgezogen, lieben Pläne und Theorien. Die Italiener tragen wunderbare Krawatten und Strümpfe, und bei ihnen explodieren selbst Statistiken zu Feuerwerken.« Ja, all das und noch viel mehr, all das sind wir. Das ist Europa. Skepsis, Widersprüchlichkeiten, Vielfalt, auch manches liebgewordene Klischee, aber nicht zuletzt auch Mut – all das ist Europa. Europa ist eben viel mehr als Milchkühe und Chemikalienrichtlinien. Schauen Sie sich einmal um. Hier sind Menschen aus 27 europäischen Staaten versammelt. Hier sind Schüler und Studenten des ERASMUS-Programms. Hier sind Musiker des Jugendorchesters der Europäischen Union, die für uns unter der Leitung von Vladimir Ashkenazy spielen.

Manchmal denke ich: Wenn wir so sehr damit beschäftigt sind, unser gemeinsames Haus Europa auszubauen und zu erneuern, dann können wir vor lauter Bauarbeiten leicht das Große, das Einzigartige übersehen. Denn nach all den Kriegen und unendlich viel Leid ist etwas Großartiges entstanden: Wir Bürger Europas sind zu unserem Glück vereint. Europa ist unsere gemeinsame Zukunft. Das war ein Traum von Generationen.

Unsere Geschichte mahnt uns, dieses Glück für künftige Generationen zu schützen. Und so wünsche ich mir, dass die Bürgerinnen und Bürger Europas in 50 Jahren sagen werden: Damals, in Berlin, da hat das vereinte Europa die Weichen richtig gestellt. Damals, in Berlin, da hat die Europäische Union den richtigen Weg in eine gute Zukunft eingeschlagen. Sie hat anschließend ihre Grundlagen erneuert, um nach innen, auf diesem alten Kontinent, wie nach außen, in dieser einen großen-kleinen Welt, einen Beitrag zu leisten zum Guten, für die Menschen. Das ist unser Auftrag für die Zukunft. Ich danke Ihnen.

Quelle: <<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2007/03/2007-03-25-rede-bk-berliner-erklaerung,layoutVariant=Druckansicht.html>>.